

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgehilfe 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebot 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgen 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 26

Duisburg, den 26. Juni 1926

27. Jahrgang

Der Weg zu Industrieverbindungen

Die Wirtschaft Deutschlands befindet sich in einer schweren Uebergangsperiode, die aus der Erkenntnis herausgewachsen ist, daß wir Denkweise u. Methoden der Inflationzeit verlassen müssen, wenn die Wirtschaft als Gesamterscheinung wieder gesund sein soll. Andererseits erkennen wir, daß wir auch nicht die Entwicklungslinien der Vorkriegszeit ohne weiteres wieder aufnehmen können, die durch den Krieg und die ihm folgenden Ereignisse, also durch den Zwang höherer Gewalt, verlassen werden mußten. Die Mechanisierung und Rationalisierung der Wirtschaft im Sinne der Hebung und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit erscheint daher als das Gebot der Stunde. Als geeignetes Mittel zu diesem Zweck tritt immer mehr der horizontale Zusammenschluß gleicher oder gleichartiger Werte in die Erscheinung. Kartelle und Syndikate scheinen die großen Aufgaben unserer Zeit, die die Produktionsstätten in Einklang mit dem Konsum zu bringen, den Konsum durch Verbilligung der Produkte zu heben und damit die großen Gefahren der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, nicht lösen zu können. Diese horizontale Entwicklung der Wirtschaft allein scheint die große und viel versprechende Kräfteansammlung zu verbürgen, die erforderlich ist, um den in diesen Aufgaben schlummernden gewaltigen Schwierigkeiten wirkungsvoll zu begegnen, und um gleichzeitig das Prinzip der Rentabilitätsverbesserung und den Ausgleich unseres Kapitalmangels in weitgehendem Maße herbeizuführen.

In der Tat macht die Zusammenschlußbewegung in der Industrie, die man eine Zeitlang, als die sogenannten Inflationkonzerne sich auflösen begannen, zurückgedrängt glaubte zu Gunsten des Einzelbetriebes, augenblicklich wieder rasche Fortschritte. Stinnes, Barmat, Julius Sichel, Richard Kahn, Rheinhandelskonzern und andere Inflationgründungen sind der Auflösung und Umbildung verfallen. Andere sind mühsam gestützt worden. Bemerkenswert ist, daß es sich, wie schon angedeutet, bei dieser erneuten Zusammenschlußbewegung fast ausnahmslos um einen Zusammenschluß in der Richtung der horizontalen Konzentration handelt, während in der Inflationzeit der vertikale Zusammenschluß fast die Regel war. Alle größeren Zusammenschlüsse der jüngsten Zeit bewegten sich in horizontaler Linie, während die trustartigen Gebilde der Inflationzeit, als deren bedeutende Erscheinung wir die Siemens-Rhein-Elbe-Union anzusehen gewöhnt sind, vertikal aufgebaut wurden, d. h. verschiedene Produktionsstufen, in der Regel vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt, umschlossen. Es scheint tatsächlich, daß nach dem Kriege die vertikale Konzentration stark überschätzt worden ist und daß in horizontaler Gliederung die zur Zeit geeignetste Wirtschaftsform zu suchen ist. Als deren mächtigste zählen heute die Farbenindustrie A.-G. und die im Entstehen begriffenen Vereinigten Stahlwerke A.-G.

Die Konzentration macht jedoch an den Grenzen der Länder nicht halt, sondern zeigt das Bestreben, über diese hinwegzuschreiten und internationale Interessengemeinschaften und andere Verbindungen einzugehen. Nicht bloß die Wirtschaft Deutschlands, sondern auch diejenigen anderer Länder befinden sich in Uebergangszeiten. Der Weltmarkt ist in eine auf die Dauer untragbare Unordnung geraten. Die bisher ange-

wandten Mittel, um aus dem Weltwirtschaftselend herauszukommen, haben versagt. Schutzollbewegung, Dumpingmaßnahmen, staatliche Subventionen und ähnliche Maßnahmen haben die Not nicht gelindert, sondern nur vergrößert. Die Schaffung einer europäischen Zollunion könnte, wenn sie überhaupt zu verwirklichen ist, erst nach Jahrzehnten ihre Wirkungen ausüben. Internationale Kartelle können sehr wohl ein Mittel sein, hier als Ersatz zu wirken und dem Zweck einer Ordnung, der heute vielfach über den Haufen geworfenen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse, von deren Regellosigkeit auf die Dauer kein Volk einen Nutzen haben kann, zu dienen. Voraussetzung ist natürlich die Kartellierungsfähigkeit der einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweige. Falls die Kartellierungsfähigkeit gegeben ist, müssen für die Schaffung eines internationalen Kartells nationale Kartelle der beteiligten Staaten die Grundlage bilden. Natürlich abgesehen von denjenigen Industriezweigen, in denen einzelne Konzerne, wie insbesondere in der Eisenindustrie, der in Frage kommenden Länder eine marktbeherrschende Stellung einnehmen und sich zu einem internationalen Kartell zusammenschließen. Bekannt sind bereits internationale Vereinbarungen in der Glühlampen-, Spiegelglas-, Flaschen-, Sprengstoff-, Zündholz-, Lein-, Kunstseide-Industrie. Mehrere Vereinbarungen sind ferner in der chemischen Industrie getroffen. Bemerkenswerter und umfangreicher sind die Bestrebungen, neue internationale Kartelle zu schaffen. In der Öffentlichkeit bekannt sind die Vorgänge in der Eisenindustrie. Das Internationale Schienenkartell, das durch den Krieg zerfallen war, soll nach bereits getätigten, günstigen Vorverhandlungen erneut in Wirksamkeit treten.

Sowohl die nationalen als auch die internationalen Zusammenschlüsse führen zu einer Vereinigung wirtschaftlicher Macht in verhältnismäßig wenig Händen und werfen große soziale Probleme auf, die sich insbesondere für den Staat als den Hüter der Gesamtinteressen des Volkes und die unmittelbare beteiligten Arbeitnehmer ergeben. Während in der parteipolitischen Agitation der Sozialdemokratie vielfach kurzerhand ein Verbot der Kartelle gefordert wird, ist es bezeichnend, daß das in der Wirtschaftsdenkschrift der freien Gewerkschaften „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ niedergelegte Programm derselben nicht die grundsätzliche Beseitigung der Kartelle fordert, sondern eine wirksame öffentliche Kontrolle zur Bekämpfung eines Mißbrauchs ihrer Macht. Auch gegen internationale Kartelle als solche haben die in den freien Gewerkschaften organisierten sozialistischen Arbeitnehmer anscheinend nichts einzuwenden.

Auch in der Industrie selbst gibt es Kreise, die ein Fortschreiten der Konzentration und namentlich die internationale Bindungen nicht gern sehen, weil sie davon eine Schädigung als Rohstoff- und Halbzeugverbraucher befürchten. Ihre Erwartungen dürften dann unbegründet sein, wenn die neuerlichen Zusammenschlüsse und Rationalisierungsbestrebungen sich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte leiten lassen und betriebs-egoistische oder gruppenindustrielle Tendenzen ausschließen, die als die Verfolgung rein privater Interessen gedeutet werden könnten. Vom Profit raucht der Schornstein. Aber er darf nicht lediglich einzelnen, sondern muß auch der Volksgemeinschaft zugute kommen.

Der Machtkampf in der Eisenindustrie

Nachdem der Ruhrmontantrust sich „konstituiert“ hat, beginnen zwischen ihm und den außerhalb des Trustes stehenden Gruppen (Krupp, Klöckner, Haniel, Hoersch) stärkere Gegenständlichkeiten sich zu zeigen. Die Ziele des Ruhrmontantrustes liegen noch nicht ganz klar, jedoch scheinen starke Expansionsgelüste vorzuliegen. Wir entnehmen nachstehende Erörterungen dem „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 23 und 24.

Die Umgestaltung der deutschen Schwerindustrie ist mit dem Zustandekommen des Montantrustes keineswegs als beendet anzusehen.

Bereits damals waren verschiedene Führer ausgestreckt, um der beabsichtigten Konzentration der Erzeugung einen weiteren Rahmen zu geben, und die Position des Trustes soweit zu verstärken, daß er früher oder später seine kraftvolleren und mit der Zusammenballung notwendig erpansiveren Lebensgesetze in der straff organisierten deutschen Eisenwirtschaft durchzusetzen vermöge. Inzwischen haben einige dieser Bemühungen zu Resultaten geführt. Ueber einen wichtigen Teil der Stummischen Werke ist es zu einem Kaufabschluß gekommen, an der Bergischen Stahlindustrie wurde Interesse genommen und die Kohlenquote der Gewerkschaft Hermann gekauft. Auch die linksrheinischen Eisenhütten und Stahlwerke des Stummkonzerns dürften wohl größtenteils stillgelegt und ihre Syndikatsquoten auf andere Werke übertragen werden.

Ähnlich wie in der Kaliindustrie, die ein vielfach gleichartig gelagertes Beispiel zeigt, werden so auf der einen Seite die mit dem Betrieb der mittleren und kleineren Werke verbundenen Unkosten gespart, während auf der anderen Seite die am vorteilhaft-

sten arbeitenden Betriebe zu günstiger Ausnutzung gelangen. Daß die auszuführenden Werke oder doch ihre Produktionsquoten gelauft werden müssen und daher die Erzeugung nach wie vor als totes Kapital belasten, ist eine allerdings schwerwiegende Unvollkommenheit des Rationalisierungsprozesses, die jedoch innerhalb der Syndikatsorganisationen nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die entscheidende Bedeutung der Angliederungen aus Stummischem Besitz liegt jedoch in ihrem Einfluß auf die montanpolitischen Machtverhältnisse. Der Kampf um die Vormacht in den Verbänden, den man für eine frühere oder spätere Zeit prophezeit hat, ist offenbar bereits in Gang gekommen, bevor noch der Montantrust endgültig gegründet war.

Schon damals wurden die ersten Verhandlungen mit dem Stützungs-konkordat für Stumm geführt, und schon damals setzte in aller Stille eine Art Gegenaktion der großen gemischten Montanwerke außerhalb des Trustes ein, die schließlich zu dem Kompromiß einer Beteiligung dieser Gruppen (Krupp, Klöckner, Haniel, Hoersch) an dem Kauf der Stummischen Werke und der Aufteilung ihrer Quote geführt hat. Die Vereinigten Stahlwerke rechnen, aus einer Gesamtquote der in Frage stehenden Gesellschaften von 865 700 T. bei der Kohlstahlgemeinschaft allerdings noch immer mit einem Quotenzuwachs, der zwischen 600 000 und 700 000 T. liegen soll.

Die Einzelheiten scheinen unter den Konkordaten noch nicht endgültig geklärt zu sein, doch würden diese Zahlen einer Zunahme der Beteiligung der Vereinigten Stahlwerke an der Kohlstahlgemeinschaft von ca. 42,5 Prozent auf 46 bis 47 Prozent der Gesamtbeteiligung entsprechen. Die Möglichkeit einer Majorisierung durch den Trust kommt damit erheblich näher. Um

nur auf eine der Möglichkeiten hinzuweisen, die in der Richtung mehrfach aufgebauchter Gerichte liegt, würde zum Beispiel das Zustandekommen einer Kooperation mit dem im Entstehen befindlichen ober-schlesischen Trust zur Mehrheitsbildung ausreichen, sobald auch die anderen Interessen (Charlottenhütte) für eine derartige Kombination zur Verfügung stehen sollten. Leider fehlt über das Kräfteverhältnis in den anderen Verbänden der Eisenindustrie, im Hoheisenverband und den für die Preisbildung wichtigen V-Produktenverbänden, der Öffentlichkeit detailliertes Material.

Die Tendenzen, auf die wir oben anlässlich des Erwerbs der Stummischen Werke durch den Montantrust hingewiesen haben, weitere Konzentration und Kampf um den Quotenbesitz in den Verbänden der Eisenindustrie, haben nunmehr auch zum Anschluß der Charlottenhütte an den Trust geführt. Da an dem Geisweider Eisenwerk und an der Friedrichshütte Thyssen beteiligt ist, bleibt danach im Siegerland nur die den Mannesmannröhrenwerken nahegelegene Storch u. Schöneberg A.-G. völlig außerhalb der Trustkombination. Die Bedeutung der neuen Angliederung liegt nicht so sehr in der Charlottenhütte selbst, deren Verbandsquoten nur für Grobblech erheblicher ist, und deren allerdings recht gute Anlagen der Stahltrust auch dann nicht gerade dringend bedarf, wenn ihm die Erweiterung seines Siegerländer Erzfeldes (vielleicht im Zusammenhang mit den neuen Subventionsversprechen erwünscht sein sollte. Um so wertvoller sind jedoch die weiteren Beziehungen der Charlottenhütte, oder genauer gesagt, ihres Generaldirektors Fricke. Sollte dieser seinen Einfluß auf die Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke und damit die ober-schlesischen Eisenwerke im Sinne seiner Kooperation mit dem Trust geltend machen, so wäre, wie wir schon angedeutet haben, die etwa 48prozentige Minderheit des Stahltrustes in der Kohlstahlgemeinschaft schnell in eine Majorität zu verwandeln. Solche Kombinationen können sich um so leichter ergeben, als die Interessen der Vereinigten Stahlwerke über die Alpine Montangesellschaft auch in Polnisch-Oberschlesien, in der Bismarckhütte und der Rattowitzer Bergbau-Ges., mit denen Fricke zusammenstößt. Die Finanzierung des Neuerwerbs liegt in diesem Falle soweit klarer, als es sich um einen der Einbringung der Gründerwerke des Trustes analogen Vorgang handelt.

Die bekannte „Privatsache“

Die Sozialisten wollen bekanntlich religiös neutral sein und jeden nach seiner Fasson selig werden lassen. Mit ihren Darlegungen streuen sie bestimmten Leuten Sand in die Augen, und selbst viele christl. Jugendbewegte sind kurz-sichtig genug und fangen dann an, von „Einheitsorganisation“ usw. zu reden, oder sie fragen ganz erstaunt, wie es der Katholik „Kreuzfahr“, Heft 7/8 tut:

„Weshalb haben die „Christen“ überall eigene Verbände? Weil es eine Sünde und eine Schande sein soll, als „gläubiger Christ“ einem „roten“ Verbände anzugehören. Welche phrasenhafte Redensart von der großen Lieblosigkeit solcher Anschauung gar nicht zu sprechen!“

Diese „gereiften Geister“ haben es anscheinend noch nie der Mühe wert gehalten, sich über den weltanschaulichen Unterschied zwischen christlicher und sozialistischer Auffassung zu unterrichten; sie haben ja auch wohl kaum jemals diesen Kampf praktisch ausgefochten auf der Werkstätte oder sind von ihren roten Brüdern wegen ihrer Ueberzeugung terrorisiert und aus dem Betrieb geeselt worden, wie es Hunderten unserer alten Kollegen ergangen ist. Um aber zu zeigen, daß der alte christentumsfeindliche Geist in der Sozialdemokratie beileibe nicht zurückgegangen ist, sondern sich höchstens hier und da geschickt verbirgt, um dann plötzlich um so heftiger loszubrechen, zeigt (laut christlich-sozialer Arbeiterzeitung v. 13. Juni 1926) in Plakatauftrag der Genossen in Sankt Pölten (Niederösterreich) im Jahre des Heils 1926 anlässlich des Fronleichnamstages, worin die Arbeiterschaft aufgeföhrt wird, der Prozession fernzubleiben. In diesem „Dokument“ heißt es:

„Am 3. Juni wird abermals die unter dem irreführenden Namen „Fronleichnamprozession“ bekannte machtpolitische Straßendemonstration der Selbstkürde und ihrer Anhänger stattfinden. Im Zeichen des gefälschten Heidenbrotens (1) des Kreuzes unter dem im Mittelalter in Inquisitionen und Reformationskriegen Millionen und Millionen Menschen gemordet wurden (2), wird sie wieder auf die Straße ziehen... Die Diesseits- und Jenseitsvertröster werden wieder ihre sonderbaren goldgestickten Kleider tragen und mit schweißgeiger Miene zeremoniell einherstreiten, um auf die Gläubigen Eindruck zu machen. Und um diesen Eindruck noch zu vertiefen, werden alle sinnlichen Wirkungen aufgezotelt: Gewehrsalven, Böllerschüsse, Musik und lateinische Gesänge, weiße Mädchen, die Blumen streuen, ein „Himmel“, Kerzen, Weihrauch und Glocken. Fruchtloser Aufwand, vergebliches Mühen! Das Volk der Arbeit beugt sich nicht vor goldenen Monstranzen! Die Freiheit kehrt diesem mittelalterlichen Spuk den Rücken! Kein Arbeiter, der ein Sohn des gequälten Proletariates ist, der den Sklavendienst haßt und die Freiheit ehrt, wird an diesem Mummenschanz teilnehmen oder dabei Schaffage bilden! Keiner!“

Der Schluß dieses von Haß gegen jede christliche Ueberzeugung geifernden Machtwortes lautet:

„Arbeitendes Volk, erhebe gerade am Fronleichnamstage deine Stimme gegen den Erbfeind der Erniedrigten, Hungerigen und Unterdrückten, gegen das Riesenunheil! Demaskiere diese Lüge.“

Die Kirche als das Instrument der Menschenschöpfung, den ewigen Hasser des Proletariats, den Schützer des Kapitals, den Erbfeind jeglichen Fortschrittes, das Vollwerk der Reaktion, die volkstümlich und parasitärhaft schmarotzt auf Volkskosten, von dessen Unverstand sie fürchtlich lebt!

So steht die „religiöse Neutralität“ der Genossen aus. Gegenüber einem solch toll gewordenen Religionshass beiseite zu stehen, oder gar die sozialistischen Reihen noch zu stärken, wäre eine Selbstdegradierung jeder eignen Ueberzeugung. Es hat leider den Anschein, als ob manche christlich denkenden Kreise, nicht zuletzt auch gewisse Jugendbewegte, diese Selbstdegradierung aus Feigheit heraus noch beschönigen wollen.

Vernünftige Ansichten

In großer Teil des Unternehmertums kennt keine anderen Wege zur Gesundung der Wirtschaft als Abbau der Arbeiter und der Löhne. Die Fehler im eigenen Lager werden einfach ignoriert. Wir haben eine solche Methode des öfteren geübt. Jetzt findet sich auch ein Unternehmerblatt, das nützige Worte findet und der Industrie selbst rückhaltlos den Spiegel vorhält. Es ist die Zeitung für das Holzgewerbe: „Der Holzmarkt“, der in seiner Nummer vom 13. April u. a. folgendes sagt:

Gegen den Massenabbau.

„Eine recht bedeutsame Angestellten-Gewerkschaft (D.H.W.) verbreitet unter ihren Mitgliedern eine Flugchrift „Die Sorge um das Alter“, die in anschaulicher Weise und sehr sachlich mit dem Kampfe aller gegen alle in seiner neuesten Phase sich befaßt. Was da bezüglich der Angestellten gesagt wird, kann ebenso gut für die Arbeiter gelten, denen es ja um kein Haar besser geht; so mancher altgediente Arbeiter, der sich für immer geborgen glaubte, liegt heute auf der Straße. Auch als Arbeitgeber wird man nicht umhin können, anzuerkennen, daß jene Flugchrift leider sehr viel bittere Wahrheiten enthält. Der Vorwurf eines rückwärtslosen, von sozialen und moralischen Empfinden unbeschwerten Abbaues ist leider nicht sehr unberechtigt. Daß heute sehr viel gesündigt wird, läßt sich nicht mehr bestreiten. Man tut in zahllosen Fällen des Guten, oder richtiger gesagt, des Uebeln zuviel! Der Massenabbau und der bekannte Kevers betreffs Gehalts- und Lohnherabsetzung, deren Nichtanerkennung zur Entlassung führt, sind nicht immer wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern sehr oft nur große Modefache, Nachahmungs des, was andere auch tun oder schon getan haben...“

Gegen den Lohnbruch.

„Aber wir sehen heute neben dieser, sagen wir, normalen Abbauentwicklung besonders in den Großunternehmungen der Industrie, des Handels, der Selbstwirtschaft usw. eine Art des Abbaues, die nicht mit Unrecht den Unwillen der Öffentlichkeit auf sich lenkt, weil es sich hier weniger oder überhaupt nicht darum handelt, der normalen Entwicklung Rechnung zu tragen, sondern die Machtstellung, das Vorrecht des Stärkeren für sich nach Kräften auszunutzen! Hier wird der Abbau, wie jene Flugchrift richtig sagt, nicht immer, aber oft rücksichtslos und bedenkenlos durchgeführt... Hier legt man die Leute gleich hundertweise auf die Straße, dort zwingt man sie zur Anerkennung einer Einkommensreduktion mit der Ankündigung ansonstiger Entlassung. Zumal dem verarbeiteten Arbeitnehmer bleibt natürlich nur ein Ausweg. Die Leute bekommen ja Unterstützung, pflegt man zu sagen. Um die Folgen solcher tiefgreifenden Maßnahmen, die in dieser Schärfe weniger durch die Not der Zeit bedingt, als aus der Absicht der Kraftprobe geboren sind, macht man sich offenbar nicht viele Gedanken. Ein nicht geringer Teil der Schuld entfällt wohl auf den Umstand, daß unsere bedeutenden Großunternehmungen heute weniger kaufmännisch geleitet, als vielmehr bürokratisch regiert werden...“

Gegen das Aufsichtsrats- und Direktoren-Umwesen.

„Wenig in Einklang mit den vorbesprochenen Vorgängen steht das innere, sozusagen intime Gebaren zahlreicher Großunternehmungen, Aktiengesellschaften usw., das Aufsichtsrats- und Direktoren-Umwesen. Der baltische Finanzminister sagte im vorigen Landtage kürzlich hierzu: Die Einrichtung der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften zeigt einen Mißstand, der nach schleuniger Abhilfe ruft. In den meisten Fällen handelt es sich bei den den Aufsichtsräten gewählten Rantiemen nur um arbeitsloses Einkommen, um Einreden, die vom Ertrag des Unternehmers abgehen, und damit dem eigentlichen Geldgeber, dem Aktionär entzogen werden. Dasselbe gilt von dem Direktoren-Umwesen der heutigen Wirtschaft. — Wie berechtigt diese Kritik ist, beweist eine Aengstung aus Aktionärskreisen: Die Dividendenlosigkeit unserer Aktiengesellschaften hat in vielen Fällen ihren Ursprung in den großen Konzerngewinnen und den verhältnismäßig großen Ausgaben, welche die Verwaltungsorgane für sich in Anspruch nehmen. — Der einzige Befehl der Gesellschaft E. besteht in den Anteilen des J. Wertes. Die Tätigkeit des hiesigen Direktors erstreckt sich lediglich auf die Kontrolle dieses Wertes, abfordert also eine minimale Zeit. Hierfür hat sich der Vorstand, der gleichzeitig die Majorität der Aktien besitzt, ein Einkommen bewilligen lassen, das für das laufende Jahr über 60.000 Mark beträgt. Die Gesellschaft selbst blieb dividendenlos; aus dem Einkommen des Direktors hätte sie jedoch bequem 8 Prozent Dividende verteilen können. Und wie rigoros handeln solche Direktoren heute oft ihrem Personal gegenüber, wie erregen sie sich auf Lohnverhandlungen über die absonderliche Haltung der Arbeitnehmervertreter! Selbst fürchtlich dotiert, bezeichnen solche Männer der Wirtschaft eine Gehaltsforderung von monatlich 150 Mark gleich als „unerbötlich und absurd“. Ohne für

„Bücher der Arbeit“

- Dieser sind erschienen:
Band 1: Georg Dieber: Christentum und soziale Idee (3. Auflage) Ml. 1.00
Band 2: Theodor Brauer: Die moderne Gewerkschaftsbewegung (2. Auflage) Ml. 1.00
Band 3: Karl Schmitz: Verstaatlichung der Schwermetallindustrie oder soziale Gemeinwirtschaft Ml. 1.00
Band 4: Franz Gierig: Das Betriebsbilanzgesetz in der Hand des Betriebsrates Ml. 1.00
Band 5: Christoph Wieprecht: Erde - (Gebichte) (2. Auflage) Ml. 1.50
Band 6: Wilhelm Bauer: Krisenstrategie der modernen Wirtschaft Ml. 1.00
Band 7: Dr. Karl Dautmann: Volksgemeinschaft, Sozialpolitik und Geisteskultur Ml. 1.00
Band 8: Wilhelm Bauer: Hundert Jahre deutsche Wirtschaft, 1813-1914 Ml. 1.50
Band 9: Prof. Dr. Götz Briefle: Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik Ml. 1.50
Band 10: Dr. Bauer: Sozialpolitik und Produktionspolitik Ml. 1.00
Band 11: Karl Schirmer: 50 Jahre Arbeiter Ml. 1.00
Band 12: Franz Holzberg: Zum Namen heran! Ml. 1.50
Band 13: Heinrich Kreis: Der Kampf um die Arbeitszeit Ml. 1.00
Band 14: W. Gerstel: Kollektives Arbeitsrecht (3. Auflage) Ml. 2.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom
Ewo-Verlag, Duisburg
Mühlfeldstraße

die Arbeitnehmer hier besonders Partei ergreifen zu wollen, darf man unbedingt behaupten, daß in bezug auf Personal und Lohnabbau vieles nicht so ist, wie es sein sollte. Und wenn viele Kreise der Wirtschaft mit Recht sich über ähnliche Vorgänge bei Reichsbank, Reichsbahn usw. erregen, so mögen sie nicht übersehen, daß gewisse Kreise der Wirtschaft jenen Zuständen ebenfalls ein solches Beispiel vorangegangen sind. Ausgespart werden also auch Aktionäre! Doch das das ist für die Arbeitnehmer natürlich ein fauler Trost, und man kann es ihnen wahrlich nicht verargen, wenn sie sich zur Wehr setzen und danach streben, ihre Existenzmöglichkeit mehr als bisher gesichert zu sehen. Die Zeiten patriarchalischen Zusammenwirkens sind einmal vorbei, die breite Masse verlangt ihre Rechte, ihren Platz an der Sonne. Die eingangs erwähnte Flugchrift gibt uns darüber Aufschluß, was die Arbeitgeber zu gewärtigen haben...“

Der Unfug der Methode.

„Es hiesse Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man an diesen Erscheinungen achlos vorbeigehen, oder gar mit einem Lächeln über sie hinwegschreiten. Geheißt würde damit sicher nichts. Die Zeiten sind nun einmal andere als vormals, das große Heer der Arbeitnehmer aller Art steht auf dem Plane, bereit zum Kampfe um sein Lebensrecht. Der übermäßige Druck des Massenabbaues wird die wirtschaftlichen Nöte niemals ganz beseitigen können, dazu ist der Abbau bisher zu plan- und gebanktes geschahnt worden. Aber auf der anderen Seite hat er zu einem Gegenbruch geführt, der der Gesamtheit des Unternehmertums noch zu schaffen machen wird. Die breite Masse läßt sich nicht so leicht an die Wand drücken, wie mancher es glaubt, und der deutsche Arbeitgeber wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß seine persönlichen Vorrechte, seine Herrschaft über den eigenen Betrieb langsam aber sicher, noch mehr als bisher beschnitten werden!“

Das sind wahrlich vernünftige Ansichten, denen ein möglichst breiter Resonanzboden zu wünschen wäre. Aber die große Mehrzahl der deutschen Unternehmer wird sich nicht dazu bekennen, weil es halt bequemer und auch für sie angenehmer ist, die Wirtschaft auf Kosten anderer wieder hochzubringen, als selbst Opfer zu bringen.

Weil ein solcher egoistischer Krämergeist das deutsche Unternehmertum beherrscht, bleibt der Arbeiterkampf nichts anderes übrig, als sich dagegen zu wehren. Wirksam ist das letztere aber nur möglich durch treues Zusammenhalten in der Organisation und unermüdeliches Streben für weiteren Ausbau der Organisation.

Bildungsbestrebungen unter der erwerbslosen Arbeiterschaft

Seit Monaten hält der Christliche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Essen, regelmäßig wöchentlich für seine erwerbslosen Mitglieder, deren Zahl auf rund 2000 angewachsen ist, Versammlungen ab, in denen stets ein belehrender Vortrag über die verschiedensten Wissensgebiete gehalten wird. Neben den Versammlungen haben eine ganze Reihe Besichtigungen, so insbesondere der Großdruckerei Firma Fredebeul und Koenen, des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes Essen, der Wassergewinnungsanlagen der Stadt Essen, der städtischen Museen und der Synagoge stattgefunden. Die Beteiligung war stets gut.

Scharfmacher an der Arbeit

Diesmal nicht die Herren von Stahl und Eisen, die Beherrscher der Kohle die Herrschaften, die so liebevoll „Hammer und Sichel“ im Wappen führen, die Herren Volkshewfen.

Der „Vorwärts“ vom 8. Juni d. J. veröffentlicht eine Zuschrift, über die Zustände in der Russischen Handelsvertretung in Berlin.

Zur Frage der Ueberstunden liegen bestimmte Beweise dafür vor, daß die Handelsvertretung als Ueberstunden-quetzche in des Wortes wahrster Bedeutung bezeichnet werden kann. So berichtete in der Delegierten-Sitzung vom 13. April d. J. der Vorsitzende des russischen Betriebsrates, S. Komiroff, daß in einer Abteilung (Buchhalterei) noch dauernd Ueberstunden gemacht werden. In fünf Monaten wurden

20 000 Ueberstunden

geleistet, davon allein im Januar 3876. (Bericht des Vorsitzenden der Arbeiter-Kontrollkommission.) Daneben nahmen noch viele Mitarbeiter Arbeit mit nach Hause!

Von vielen nur ein Beispiel: In einer Sitzung berichtete der Delegierte der Handwerker, daß die Abteilungsleitung zu Ostern von den Tischlern Ueberstunden in größerem Maßstabe verlangt hätte. Es handelte sich dabei um die Einrichtung eines Kinderheims. Während die übrigen Angestellten der Handelsvertretung vom 1. April bis zum 6. April frei hatten, mußten die Tischler am Karfreitag (2. April) und am Samstag (3. April) weit über die übliche Zeit hinaus arbeiten. Als dann die Tischler von ihnen noch verlangte Bohrerarbeiten abhaken, hieß es: „Nun gut, wir werden uns die Sache merken!“ — Also Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bis zum Weißtoden. Arbeiter, die bei der Arbeit nicht rennen, werden von den Moskauer Bonzen als faul bezeichnet! Eine besondere „Blüte“ ist der neue Leiter der Wirtschaftsabteilung, Grusinski, dessen aus Moskau importiert. Mit 1155 Mark Monatsgehalt und gleichzeitiger Beschäftigung seiner Frau im Betriebe der Handelsvertretung mit 600 Mark Gehalt, spricht dieser „Kommunist“ davon, daß man den deutschen Genossen Abzüge machen müsse, denn 45 Mark pro Woche sei für diese ausreichend.

Der so viel gerühmte technische Fortschritt in der UeSCh. offenbart sich hier in einem ganz besonderen Lichte. Noch heute arbeiten die Tischler mit Arbeitsmethoden aus der Zeit 2000 v. Chr., ohne Maschinen! Alle ihre Rückschlüsse auf technische Verbesserung des Betriebes wurden in den Wind geschlagen.

Das Delegiertensystem in der Handelsvertretung ist nur eine Farce, und nicht mit dem Vertrauensmännersystem in Privatbetrieben zu vergleichen. Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl muß jeder ehrliche Kämpfer zum alten Eisen werfen, falls er die „hohle“ Position eines Delegierten in der Handelsvertretung einnehmen will.

Als im Herbst 1925 eine starke Witterung gegen den alten Betriebsrat sich zeigte, und die Demission des bisherigen Betriebsrates allgemein erwartet wurde, weigerte dieser sich stets, zurückzutreten. In Privatbetrieben wäre es solchem Betriebsrat viel

Auch wurde den erwerbslosen Mitgliedern zur Unterhaltung manches geboten. So z. B. fanden unter Mitwirkung des Arbeiterdichters Christoph Wieprecht, der Frau Scharenbroich-Weyler und der Gesangabteilung gutgelungene Bildungsabende statt.

Ferner wurde von Berufschauspielern für die erwerbslosen Mitglieder das Theaterstück „Der Raub der Sabinerinnen“ zum geringen Eintrittspreis von 20 Pfennig aufgeführt.

Um den Mitgliedern eine durchgreifende gewerkschaftliche Schulung zuteil werden zu lassen, wurde im Rahmen der Volkshochschule ein sechsstündiger Lehrgang über „Die geistigen Grundlagen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ veranstaltet. Weitere Volkshochschulkurse sollen folgen.

Es wäre zu wünschen, wenn ebenfalls bei all den Veranstaltungen neben den Älteren auch eine große Anzahl Jugendlicher sich beteiligen würde.

Er wäre erfreulich, wenn auch andere große Ortsverwaltungen mitteilen würden, was sie zur Schulung der erwerbslosen Kollegen tun. Vielleicht dient diese Anregung von Essen auch als Beispiel.

Der Geist ist's, der lebendig macht

Für das Wirken der Gewerkschaftsbewegung ist nicht die Zahl der Mitglieder allein das Entscheidende. In heutiger Zeit, deren hervorstechendstes Merkmal Selbstsucht ist, ist es notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in erster Linie groß gebracht wurde durch den Idealismus, den Glauben an die Sache und nicht leicht durch hohe Willenskraft, Opfer und Tatbereitschaft, kurz, durch den Geist, der in ihr lebendig war. Die Gründer der Bewegung waren durchdrungen von der hohen Aufgabe, die sie sich gestellt hatten. Sie widmeten sich der Aufgabe mit selbstloser Hingabe. Sie fühlten ganz mit dem Arbeiterstande, empfanden innerlich schmerzhaft dessen Zurücksetzung und unwürdige Stellung und sahen blutenden Herzens, wie die gottfeindliche sozialistische Bewegung auf Grund dieser Verhältnisse reiche Ernte halten konnte. Unsere Führer aber wollten eine Bewegung auf christlicher Grundlage, eine Gewerkschaftsbewegung, die eine soziale Gerechtigkeit durch das Christentum und mit ihm verwirklichen sollte. Aus innerster Ueberzeugung christlich und staatsbefähend eingestellt, drückten sie diesen Stempel auch der Bewegung auf. Zusammenfassend kann man sagen: Die alten Mitglieder waren Persönlichkeiten und Charaktere. Sie waren kraftvoll im Willen, in dem sie kein Hindernis scheuten. Sie waren unbegrenzt in der Opferbereitschaft, sie stellten die eigene Person gegenüber der Sache zurück, sie waren unbeirrbar in der Vertretung der für Recht erklärten Sache.

Der Geist, der die Alten besetzte, muß auch weiterhin innerhalb der Bewegung lebendig sein. Gegenwart und Zukunft verlangen in erster Linie Persönlichkeiten und Charaktere, selbstlose Hingabe an die Sache. Nur wer selbstlos im Dienste unserer

leicht schlecht ergangen. Aber die „Genossen“ Oskar Wischerowp und Erich Würz zeigten sich als unentwegte, „maschdite“ Kommunisten. Sie erklärten, trotz ausgesprochenen Mißtrauens auf ihren Posten zu verbleiben, da sie

nicht den Fabrikgenossen, sondern der Zentrale der KPD. verantwortlich

wären. Die Mißstimmung wuchs, und so holten beide Herren sich Schutz aus der Münzstraße 24. — Die Genossen Grylewitz und Gohlke kamen zur Betriebsversammlung und versuchten, den alten Betriebsrat zu retten. Der Versuch mißlang, und so wurden denn die Personen durch Karl Otto u. a. ersetzt, während das System blieb.

Die „Nöte Fahne“ vom 6. Mai d. J. schrieb über die Sparmaßnahmen in Russland, daß keine dieser streng zu nennenden Maßnahmen sich gegen das Brot und gegen die Bekleidung der Arbeiter und armen Bauern richtete! Damit sollte gesagt werden, daß Arbeiter und Bauern in ihrer materiellen Lage nicht beeinträchtigt werden. In der Lindenstraße 24 denken die Meinemachefrauen anders darüber. Zunächst wollte man die Reinigung der Räume einem privaten Reinigungsinstitut übertragen, und auch Kostenanschläge lagen schon vor. Doch die Russen sind ersinderisch, und schnell verwandelte man die etwa vierzig Meinemachefrauen in eine G. m. b. H. — Für die Reinigung der gesamten Räume war bisher eine Vierteljahresausgabe von etwa 9000 Mark erforderlich. Jetzt hat man den Frauen dieselbe Arbeit für 3000 Mark aufzutragen, wobei sie noch Schuerrücher, Puschappen, Besen, Schrubber, Bodnerwachs usw. selbst liefern müssen. In Privatbetrieben kämen die Kommunisten angesichts solcher Verschlechterungen sofort mit den schwersten gewerkschaftlichen Geschüßen angetreten. Trotz des Schreiens der KPD: „Fünfzig Prozent der Parteiarbeit muß Gewerkschaftsarbeit sein“, darf kein Kommunist in der Handelsvertretung Gewerkschaftsinteressen vertreten. Noch am 17. Mai d. J. schrieb die „Nöte Fahne“, daß die Handelsvertretung „natürlich“ keine weiteren Entlassungen plant. Am 18. Mai wurden

prompt Massenentlassungen

ausgesprochen. Jedes „soziale Moment“ wird nach den Worten der „Nöte Fahne“ in Betracht gezogen, und so auch bei diesen Massenentlassungen. Ein Tischler im Alter von 61 Jahren, der 24 Jahre zur vollsten Zufriedenheit bei der Handelsvertretung arbeitete und augenblicklich krank ist, stieg brutal aufs Straßenpflaster. Dabei hat er sich in den hundstreckten Treppentritten der Handelsvertretung (im Keller, tief unter der Erde, ohne Luftzufuhr, dauern bei elektrischem Licht arbeitend), ein schweres Augenleiden zugezogen. Ein anderer gekündigter Tischler ist der Vertrauensmann seiner Abteilung und durfte als solcher während seiner Wahlzeit überhaupt nicht entlassen werden. Auf seine Frage, weshalb auch er mit gekündigt sei, erklärte ihm der Betriebsrat, daß die Tischlerei auf gelöst werde. Als nun beide Tischler in ihrem Abgangsequis bemerkten wollten, daß ihre Entlassung wegen Auflösung der Tischlerei erfolgte, wurde ihnen gesagt: „Nicht Auflösung der Tischlerei, sondern Abbau“. Alles sowjetrussischer Arbeiterdünkel.

Sache arbeitet, vermag bei anderen Hingabe zu erwecken. In Anbetracht der materialistischen Gesinnung in unseren Tagen ist es ganz besonders notwendig, diese Aufgabe immer wieder in den Vordergrund zu stellen. Zu viele sind selbstständig und lieblos gegen den Mitmenschen, sie denken nur an sich. So ist im Grunde die Arbeit unserer christlichen Gewerkschaften Dienst am Nächsten. Gewerkschaftsarbeit allein tut es aber nicht, sie muß christlich fundiert sein. Deshalb haben wir und brauchen wir auch ferner christliche Gewerkschaften. Nicht darauf kommt es an, daß die Arbeiterkraft eine Gewerkschaft hat, sondern darauf, daß diese christlich eingestellt ist. Der Geist ist's, der Erfolg bringt, der Geist ist's, der lebendig macht.

Rundschau

Genußmitteleinfuhr im verarmten Deutschland

Will das deutsche Volk nach Möglichkeit sich wieder die Lebenshaltung eringen, über die es vor dem Kriege verfügte, dann muß es nicht nur die Höhe der Ausfuhr zu erreichen suchen, die unser Vaterland vor dem Kriege aufzuweisen hatte, sondern noch einen Ausfuhrüberschuß, aus welchem die Reparationsleistungen zu bestreiten sind. Erleichtern kann es sich diese Aufgabe, wenn es umgekehrt seine Einfuhr einzudämmen sich bemüht. Das kann auf zweierlei Wegen geschehen. Einmal dadurch, daß wir mit allen Mitteln bestrebt sind, die Ertragsfähigkeit des deutschen Grund und Bodens zu steigern und die Lebensmittel, die wir im eigenen Lande erzeugen können, selbst zu produzieren. Zweitens dadurch, daß wir den nicht lebensnotwendigen Export, insbesondere die Luxusausfuhr, vermeiden und von dieser Seite zu einer Entlastung der Handelsbilanz wirkungsvoll beitragen.

Wie groß der letztere trotz der Verarmung des deutschen Volkes noch ist, ergibt sich daraus, daß eingeführt wurden in den ersten elf Monaten 1925 (im DM. 1000): Zigaretten 33522, Bananen 23 931, Äpfel, Äpfelkerne, Mandarinen und Zitronen 61 204, Feigen, Korinthen und Rosinen 29 412, Datteln 395, Mandeln 34 291, Ananas 4839, Kakaobohnen 8752. Für diese Güter wurden also insgesamt 196 346 000 RM. an das Ausland gezahlt. An Genußmitteln wurden in der gleichen Zeit aus dem Ausland eingeführt: (im Werte von Millionen Reichsmark): Opium 8,7; Wein und Most 57,0; Obst 254,0; Kaffee 215,0; Tee 13,0; Kakao 72,0; Kaviar 4,0; Künften; Krebse 303 000 RM., mit vorstehenden 196 346 000 zusammen rund 843 Millionen Reichsmark.

Ganz wird man, wie es ja auch naheliegt, diese Einfuhren nicht verhindern können. In einer Zeit der Handelsverträge sind Einfuhrverbote nicht mehr am Platze. Andere Länder, nach denen wir vornehmlich unsere Fertigerzeugnisse absetzen wollen, haben umgekehrt ein großes Interesse daran, daß wir ihnen umgekehrt ihre Produkte abnehmen. Das sind vielfach eben solche obengenannter Art. Um so mehr wird man von der Einsicht und Selbstbeherrschung der Konsumenten erwarten müssen, daß sie sich in dem Verbrauch nicht lebensnotwendiger Dinge eine Beschränkung auferlegen, die durch die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes, so wie sie zurzeit ist und auf absehbare Tage sein wird, geboten erscheint.

Somit aber die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft gehoben werden muß, werden Regierung und Berufsorganisationen mit mehr Nachdruck einzusetzen haben. Mit Neben und Projektmachen ist diese Intensivierung nicht herbeizuführen, sondern nur durch Beispiel und Tat.

Arbeitgeber und Par. 135 der Verfassung

Der Par. 135 der Deutschen Reichsverfassung hat folgenden Wortlaut: „Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungehinderte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutze.“

Die Firma Opler-Eisenwerk, Inhaber Theobald Pfeiffer, Ople in Westfalen, scheint diesen Par. 135 der Reichsverfassung nicht zu kennen, sie bemüht sich wenigstens krampfhaft, für ihren Betrieb diesen Paragraphen außer Kraft zu setzen.

Der Fronleichnamstag ist einer der höchsten Feiertage in der katholischen Kirche. Auch in konfessionell gemischten Gegenden ist es üblich, daß der tatsächliche Volkstag diesen Tag als Feiertag hält. Auch in Ople war dieses immer so, so lange dort Katholiken anständig sind. Die Firma Opler-Eisenwerk glaubt nun, den katholischen Teil seiner Arbeiterschaft zu bestreiten, wenn dieselbe von dem Rechte des Par. 135 der Deutschen Reichsverfassung Gebrauch macht. Jedes Jahr erfolgt im Betriebe ein Anschlag, daß sich diejenigen Arbeiter melden sollen, die gedenken, am Fronleichnamstage zu feiern. Der sich meldende Teil der Arbeiterschaft wurde nun im Jahre 1925 drei Tage ausgesetzt. In diesem Jahre erfolgte wieder eine Bekanntmachung, darauf meldeten sich 44 Arbeiter, die den Fronleichnamstag feiern wollten. Die Firma erließ nun eine Bekanntmachung, daß derjenige, der am Fronleichnamstage nicht arbeite, feldlos entlassen sei.

Wirtschaftsentwicklung der Neuzeit

Von Dr. Küpper.

Wenn wir die Entwicklungsgeschichte der Menschheit an uns vorüber ziehen lassen, dann fällt es uns auf, daß sie keinen glatten Verlauf einer aufsteigenden Linie aufweist, sondern eine Kette aufeinander folgender Epochen darstellt, von denen eine die andere ablöst, jede einen eigenen Aufstieg, Höhepunkt und Abstieg hat, daß die Entfernung vom Aufstieg bis zum Höhepunkt ungleich größer ist, als die Absteigende, und der Gipfel höchster Blüte gewöhnlich mit einem jähen Abstieg überraschend schnell abwechselnd. Ganz ähnliches finden wir in der Entwicklung der Wirtschaft und speziell in der des Mittelalters. Ueber ein Drittel Jahrtausend gebraucht die Wirtschaftsentwicklung, um für die Dauer stark einundneunzig Jahrhunderte jene Blüte städtischer Wirtschaftskultur hervorzubringen, die das letzte Drittel des deutschen Mittelalters durchzieht: Wo sich das kulturelle und wirtschaftliche Niveau weit über den Spiegel der germanischen Tradition erhebt und wo in Verbindung mit einem gesunden, auf wirtschaftliche Arbeit gegründeten allgemeinen Wohlstand, ungezügelt neu erregende Bedürfnisse Gemeingut geworden sind, wo der Drang nach dem Sicherwerden über die allergebrachten Verhältnisse, nach Bevölkerungsvermehrung — jener in ihren Folgen so oft unterschätzten Triebkraft in der Umgestaltung des Bestehenden — als die Resultate einer in fester Bahnen geleiteten wirtschaftlichen Arbeit angepaßt werden müssen. Weiter ging die Entwicklung — und auf einmal zeigte es sich, daß der Urquell, der die ganze Entwicklung eingeleitet, die Menschheit befriedigt hatte, zu klein geworden war, um der vorwärts geschrittenen Zeit, den vervielfältigten Ansprüchen der menschlichen Gesellschaft Genüge leisten zu können, und daß jenes, was gefehlt noch lebensfähig, bedürfnisbefriedigend war — heute dem Unzulänglichen anheim gefallen war.

Die Stadtwirtschaft mußte das Los des ewigen Werdens und Vergehens teilen, als ihre Zeit um war, mußte sie von der Bühne des Weltnotwendigen abtreten, als sie die Bedürfnisse der angemessenen und anspruchsvollen gewordenen Menschheit nicht mehr befriedigen konnte. Und so weit war die Entwicklung herangeföhrt, als das 16. Jahrhundert mit dem 17. Jahrhundert wechselte. Es waren nicht die Ereignisse, die dem Anbruch der Neuzeit (um 1519) zu Grunde lagen: die Erfindung der Buchdruckerkunst, die Periode der Länderentdeckungen und die Reformation an sich, wenn auch gerade den Entdeckungen in Bälde eine ausschlaggebende Bedeutung zukommen sollte, welche die mittelalterliche Stadtwirtschaft verabschiedeten — im Grunde genommen war die entscheidende Triebkraft allein die Tatsache, daß die Stadtwirtschaft einen zu engen Rahmen für die Wirtschaft darstellte, daß die wirtschaftlichen Aufgaben zu groß und zu zahlreich geworden waren, daß sie mit den der Stadtwirtschaft zu Gebote stehenden Mitteln nicht mehr erfüllt werden konnten, daß der Drang nach Vorwärtswirtschaft, nach Fortzuehung so stark geworden war, daß die Fessel der Zukunftsvorstellungen und Beschränkungen zu drückend geworden waren, zu eng, um die der Wirtschaftsentwicklung innewohnende Lebenskraft länger im Zwang halten zu können und diese Kraft die Zukunftseisen

Trost der Drohung der Firma feierten einige Arbeiter. Sie meldeten sich vorchriftsmäßig ab und stellten für ihren Posten einen Ersatzmann, so daß in der Produktion keinerlei Störung eintrat. Als diese Arbeiter nun nach dem Feiertag wieder zur Arbeit erschienen, wurden sie von der Firma Theobald Pfeiffer freilich entlassen. Das letzte Wort ist darüber noch nicht gesprochen, Herr Pfeiffer!

Herrn Theobald Pfeiffer-Ople (keinen sozialistische und kommunistische Arbeiter, die den 1. Mai feierlich begehen, im übrigen aber selbstbewußt auf den Sturz des „Kapitalisten“ Theobald Pfeiffer hinarbeiten, lieber zu sein als aufrichtige christliche Arbeiter, die noch die Gebote ihrer Religion halten.

Die christliche Arbeiterschaft möge aus diesem Vorkommnis die richtige Lehre ziehen und durch starke christliche Organisationen aus Herrn Pfeiffer zeigen, daß die Reichsverfassung auch für ihn Gültigkeit hat.

Sozialpolitik

Die Lage der jugendlichen Erwerbstatigen

Wie sehr die Gewerkschaften und der Ausschuss der deutschen Jugendverbände mit ihren sozialistischen Forderungen für die jugendlichen Erwerbstatigen auf dem rechten Wege sind, das zeigt der Ende Mai unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons in Saarbrücken abgehaltene christlich-sozialen Kongress. Herr Prof. Dr. Zimmermann gab das Ergebnis einer bei Behörden, Wohlfahrtsämtern, Gewerkschaften und sozialtätigen Personen veranstalteten Enquete bekannt über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrswesen beschäftigten Jugendlichen. 1922 sei die Zahl der in der Industrie beschäftigten Jugendlichen auf etwa 1,5 Millionen gegen 950 000 vor dem Kriege geschätzt worden. Ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse hätten sich infolge der verschärften Anforderungen des Wirtschaftskampfes, der Erwerbslosigkeit und einer Reihe anderer Momente wesentlich verschoben. Außerordentlich bedrückend wären die kriminalistischen Folgen der Arbeitslosigkeit, die bei den Ungelernten stärker in die Erscheinung träten als bei den Gelehrten. Im Jahre 1923 wären 90 000 Jugendliche mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen gegen 50 000 im Jahre 1912. Wenn auch das sittliche Niveau der Jugendlichen sich inzwischen gehoben hätte, so läßt doch die zu lange Arbeitszeit und die übermäßig langen Arbeitswege einen sehr wenig erfreulichen Einfluß aus auf die geistige Haltung, sowie auf die berufliche Weiterbildung und die gesundheitliche Verfassung der arbeitenden Jugend. Die übertriebene Sportbegeisterung führe zu geistiger Verflachung. Die Fabrikschule sei leider nach dem Kriege stark vernachlässigt worden. Eine Ueberforderung des Nationalisierungsgedankens biete besondere Gefahren, weil die sehr stark vorwärtige Nationalisierung zur Menschisierung der Menschen führen müsse. Gleichsam als Schicksalshilfe werde sich der außerordentliche Geburtenrückgang während des Krieges vom Jahre 1927 an stark auswirken. Von diesem Jahre an werde die Zahl der Jugendlichen, die die Volksschulgrenze erreichen, jährlich um einige Hunderttausende zurückgehen und 1932 mit 650 000 ihren Tiefstand erreichen. Die Arbeitsmarktlage würde sich dann zwangsläufig so gestalten, daß man von Arbeitsbereitschaft der jugendlichen Arbeiter oder Lehrlinge, die man heute auf die Straße sehe, umwerbe.

Einen erschütternden Einblick in die Lebensarbeit der weiblichen Jugend gab auf der gleichen Tagung Frau Elsebeth Krusenberg. Das mangelnde soziale Verhältnis eines Teiles der Arbeiter habe dazu geführt, daß in Chemnitz von den 78 Mädchen einer Fortbildungsschule, die im Alter von 14 bis 18 Jahren seien, 21 vom Hundert 8 Stunden arbeiten. Bei 22,5 vom Hundert betrage die durchschnittliche Arbeitszeit 8 1/2, bei 38,5 vom Hundert 9 1/2 und bei 7 vom Hundert 10 Stunden und mehr. Köln melde in der Eiswarenindustrie bei Jugendlichen eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden. In der Filmmusik liege die Verhältnisse besonders schlimm. In der Diskussion, die sich mit der Frage der Freizeit beschäftigte, fanden die Ausführungen eines rheinischen Industriellen starken Widerpruch, der für die Entlohnung der Jugendlichen während ihrer Ferien die Allgemeinheit in Anspruch nehmen wollte.

Verbandsgebiet

Bayerische Bezirkskonferenz

Etwa 200 Teilnehmer hatten sich zur Bezirkskonferenz, die dieses Jahr in München tagte, eingefunden. Sämtliche Verwaltungsgremien waren vertreten, der Wirtschaftsrat Neudamm trug, mit nur rund 45 Delegierten. Außerdem war München und seine Umgebung stärker durch Teilnehmer vertreten. Unser Verbandsvorsitzender Kollege W i e b e r hatte sich ebenfalls eingefunden. Der Einladung haben auch Vertreter der Behörden, Sozialministerium, Wirtschaftsministerium, der Landespolizei, Gewerbeaufsicht und die betreffenden Organisationen Folge geleistet. Oberregierungsrat Dr. Fuhs vom Sozialministerium sprach für die Behörden, Verbandspräsident Walter Bach für die konfessionellen Vereine und Abgeordneter Funke für den Gesamtverband, und wünschten den Beratungen besten Erfolg. Ein Glückwunschtelegramm sandte die Konferenz an Sozialminister Oswald, der am gleichen Tage seinen 60. Geburtstag feierte.

Bezirksleiter Kollege Konrad sprach über die Lohn- und Preispolitik. Unter Hinweis auf die Lohn- und Preis-Indexsteigerung 1924/25 wird der

gewerkschaftlichen Lohnpolitik der Vorwurf gemacht, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage die Löhne über die Feuerung hinausgetrieben zu haben. Wichtig ist, daß 1924/25 die Tariflöhne in der bayerischen Metallindustrie um etwa 34 bis 57 Prozent gestiegen sind bei etwa 27 Prozent Wertsteigerung nach dem Lebenshaltungsmittel (von 104 im Februar 1924 auf 133,7 im Juli 1925). Eine objektive Beurteilung muß indes auch den Ausgangspunkt, die Periode der Marktabstufung berücksichtigen. Die Parole Preisabbau hat den Anschlag der Löhne an die letzte Preiswelle im November 1923 abgesehen, ein Vorgang, der sich im Sommer 1925 wiederholte. Die Lohnfestsetzung war mehr oder weniger ein Diktat der Arbeitgeberverbände unter dem Gesichtswinkel, Vorkriegslohn abzüglich eines den Kriegskosten entsprechenden Entbehrungsfaktors. So wurden Ende 1923 radikale Lohnreduzierungen (z. B. Edlöhne Provinzmetall 40 Pfg.) durchgeführt, denen die gewerkschaftlichen Organisationen in der Krise nach der Inflation mit ausgepumpten Kassen fast wehlos gegenüberstanden. Die ausschlaggebende Korrektur hat nicht etwa der „staatliche Zwang“ (wie von Unternehmenseite immer behauptet wird) herbeigeführt, sondern eine freie Vereinbarung, im Frühjahr 1925 mit 10,5 Pfg. Lohnreduzierung. Allerdings erst nachdem durch Tarifstreik und verlagte Aussperrung der Bogen freigegeben war. Und im Jahre 1925 hat im ersten Fall der Arbeitgeberverband von der Provinzmetallindustrie die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsprüchdes beantragt und im zweiten Fall kam ein solcher Antrag von den Metallarbeiternverbänden.

Ein scharfer Vorwurf gegen die bisherigen Löhne hat neuerdings der Verband bayerischer Metallindustrieller im Großstädte-Tarif gemacht. Er will die Abkote bis zu rund 40 Prozent kürzen, die Hilfsarbeiterlöhne von 55,1 bis 58,7 Pfg. auf 41,1 bis 45,7 Pfg. Demnach würden zwei Hilfsarbeiter in der Metallindustrie weniger verdienen als ein Hauptarbeiter, dessen Tariflohn 92 Pfg. ab 1. April beträgt. Daß ein solcher Zustand unmöglich ist, behaupt kaum der Feststellung. Die Lehrlinge will man aus dem Provinz-Tarif herausnehmen, obwohl deren Vergütung mit 5 bis 6 Mark pro 54-Stundenwoche kaum auf der Hälfte steht, was im vergangenen Jahrhundert an Kost und Logis der Kleinmeister für seine Lehrlinge aufgewendet hat. Sehr stark war der Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Hüttenwerken. Die Verelendung unter dem Stand der traurigen Vorkriegsverhältnisse zu verhüten und zunächst für die Hochofenarbeiter den Achtstundentag vertraglich zu sichern, verdanken die Kollegen der Hüttenwerke besonders der Arbeit unseres Verbandes.

Im Spätsommer 1925 wurde der Lohnangleichung an die letzte Preiswelle der Weg verlegt. Umso größer war unser Interesse für einen tatsächlichen Erfolg der von den Regierungen eingeleiteten Preisabwärtung. In Anträgen, Interpellationen, Reden und Beschlüssen in den Parlamenten hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Auch die Regierungen haben in Verhandlungen durch Polizei-Kontrolle und mit der Kartellverordnung etc. sich bemüht, praktische Folgen zu erzielen.

Ein solcher Erfolg ist nur teilweise und meist negativ, in der Verhinderung einer weiteren Verteuerung zu verzeichnen. Die größten Hemmungen liegen in der monopolisierten Preisbildung für viele Gebiete des Auslandsmarktes. Kriegs- und Inflationswirtschaft haben ganze Berufsgruppen organisatorisch zusammengeführt, mit dem Hauptziel, durch den Verbands- oder Innungspreis die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten. Wo die Auslands-Konkurrenz kein Preismonopol aufkommen ließ, blieb der Zwang zur größten Leistung bei billigeren Preisen erhalten. Auf dem Inlandsmarkt aber sind zwar die Erzeugerpreise für Lebensmittel unter die Vorkriegspreise gesunken und trotzdem stieg der reichamtliche Ernährungswert von 136,6 im Januar auf 154,4 im August 1925 und hielt sich selbst im März 1926 noch über 140 gegen 100 der Vorkriegszeit.

Auf dem Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher sind die Vertriebskosten gegenüber der Vorkriegszeit nicht selten verdoppelt. Erst die sinkende Kaufkraft hat teilweise den Konkurrenzkampf um den Absatz ausgeglichen und die Monopolisten da und dort gelockert. Wo der teure Zins das Warenlager aufgezehrt, nützt der schönste Monopolpreis nichts.

Allerdings muß hervorgehoben werden, daß die „Preisburghalter“ vielmehr Unterstützung fanden als die Regierungsmassnahmen. Die wirksamste Stütze der Preisburghalter war vor allem die sozialistische Agitation in der Zollfrage. Der christlich organisierten Arbeiterschaft wurde in sozialdemokratischen Zeitungen vorgeworfen, daß durch die Schuld ihrer Vertreter eine Verteuerung von mindestens 25 Prozent eintreten müsse. Auf diesem Resonanzboden der sozialdemokratischen Agitation hatte die organisierte Preispolitik ein sehr leichtes Spiel zum Schaden der Arbeiterschaft. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Arbeiterschaft alles Interesse an einer gesunden Landwirtschaft hat. Nicht nur der sinkende Absatz landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte und die Arbeitslosigkeit in diesen Branchen, sondern auch die weitere Steigerung der Arbeitslosenarmee vom Lande her ist für die Arbeiterschaft, für ihre Existenz und Arbeitsbedingungen eine viel größere Gefahr als die bisherige Zollpolitik.

Nach wie vor muß die paritätische Festlegung der Preisprüfungsausschüsse feierlich werden. Die letzten Preisstellen in Bayern stellen nur ein Dekorum der an hohen Preisen interessierten Wirtschaftskreise dar.

Das Schlagwort von Lohnzwangswirtschaft oder gar Lohnkartell unterschätzt die tiefsten Umstände. Selbst die Lohnfestsetzung durch Schiedspruch bleibt ein Kompromiss mit amtlicher Geburtshilfe. Die Preisfestsetzung hat keinen Schlichter notwendig, weil dort, wo das Preismonopol möglich ist, der Käufer überhaupt nicht gefragt wird.

strengste, frei wurde und — einmal frei geworden nach größeren Tormen suchte, den Lebensstrom in ein neues, weiteres Bett lenkte.

Das Fortentwicklungsbedürfnis war es, das die Ideen, die letzten Endes den ganzen Entdeckungen zu Grunde lagen, hervorbrachte, und sie im letzten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts in die Tat umsetzte. Sogar rein äußerlich war es ein wirtschaftliches Moment, welches den Anstoß zu den Entdeckungsfahrten gab: Der Levantehandel an den Küsten des Mitteländischen Meeres, der sich um den Mittelpunkt der oberitalienischen Städte konzentrierte und sich von jenen aus zum nord-, west- und osteuropäischen Handel erweiterte, war durch die Türkenkriege im 15. Jahrhundert unterbrochen worden, die Niederlassungen der europäischen Händler und Kaufleute an der Küste Ägyptas und Kleinasiens ein Opfer der türkischen Verwüstungen geworden, womit der damalige Weltmarkt nach dem Osten, nach Indien und Asien, also mit den Ursprungsländern derjenigen Rohstoffe, die für die Bedürfnisbefriedigung des europäischen Luxus und der gehobenen Kultur unentbehrlich geworden war, die folgenschweren Schläge erfahren hatte. Nun konnte Europa aber nicht mehr auf die Erzeugnisse jener Länder verzichten, wollte es nicht eine Vielzahl seiner Lebensgewohnheiten und seiner kulturellen Ansprüche einbüßen, wollte es nicht auf den Wohlstand, der reichtrübenden Quelle seines Wohlstandes verzichten! So bedurfte es keines welterschütternden Anstoßes mehr, um die Idee auszureifen, den verlorengehenden drohenden Ueberlandhandel nach dem fernen Osten durch die Auffindung eines Seeweges zu ersetzen zu suchen, zumal die großen Seestädtepublikan am Mittelmeer ja über eine an sich für sich schon bedeutende Flotte seefahrtgeschulter Kauffahrtschiffe verfügten.

Tatsächlich ging dann auch die neue wirtschaftsnotwendige Idee von Oberitalien aus und wurde vom Florentiner Gelehrten Vesputelli wissenschaftlich in feste Formen geleitet. Abwärts war es ein Spröß der oberitalienischen Stadtepublikan, der Bürger des wirtschaftsbeherrschenden Genua, Christoph Kolumbus, der die Verrechnungen Vesputellis aufgriff und ihre Ausführung mit der Kraft des süßlichen Temperaments und der Energie des zielbewußten Mannes in die Wirklichkeit zu übertragen suchte und nicht eher ruhte, als bis er die Idee, für die er entflammt war, zur Ausführung bringen konnte. Es ist auch kein Wunder, daß die oberitalienischen Städte waren, die jene für ihre weitere Entwicklung so unendlich bedeutenden Pläne Kolumbus' mit tauben Ohren abtaten. Im Gegenteil — es ist der typische Ausdruck einer großen entscheidenden Neuerung müde, ich möchte sagen: im Einklang des geregelt ablaufenden Wirtschaftsganges alt und reich gewordener Wirtschaftsbereiche, die der Pulsschlag der weltbeherrschenden Handelsrepubliken schwerfällig gemacht und des frischen Wagemuts beraubt hatte. Das charakteristische Zeichen dafür, daß auch jene Wirtschaftszentren träge geworden waren und nicht mehr die Energie aufbrachten, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß veränderte Ursachen, veränderte Wirkungen zeitigen, daß neue Formen nötig sind, um neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen, daß durchgreifende Neuorganisationen in alten bewährten Einrichtungen notwendig werden, wenn die Verhältnisse es erfordern.

Diese Erkenntnis vermochte auch nicht in den schweren Schlag des einseitig gewordenen Seandenganges der derzeitigen Wirtschaftsführer einzubringen, und so wie die Oberhand zu gewinnen, das diese an sich aus die Schritte zu einem maximalem Expansionsunternehmen unternommen hätten. Auch in den oberitalienischen Städten war damals der Höhepunkt der Entwicklung auf seinem obersten Gipfel angekommen. Jetzt mußte dem Weltgeiz entsprengend die Abstiegskurve einsetzen. Und sie tat es. Spanien und Portugal, beide im Verhältnis zu den mächtigen, auf römischer Kultur ruhenden Städten Oberitaliens — junge Länder, unternehmungslustig, unbeschäftigt von dem am Altum lebenden Geist altgewordener Traditionen, ungehemmt von der Schwerfälligkeit demokratisch-parlamentarischer Beschlußfassung, wurden die Schrittmacher für die ehrgeizigen Pläne Vasco da Gama's, Bartholomäus Diaz's, Christoph Columbus' und Amerigo Vesputelli's. So blieb es auch ihnen vorbehalten, die Früchte der Unternehmungen zu ernten, Kolonialländer griffen. Siles zu werden, eine Welt zu erobern, die ihnen unermeßliche Reichtümer zur Verfügung stellte, deren Ausbeutung sie zeitweilig an die Spitze aller Nationen erbob, die einem Karl V. die Mittel zur Eroberung Europas zur Verfügung stellte und gleichzeitig traten in Oberitalien die Folgen der tragen, und wie der Erfolg gelehrt hat — falschen Wirtschaftspolitik der städtischen Wirtschaftsführer ein: Langsam zog sich das wirtschaftliche Schwergewicht weg von ihnen — dem Westen zu. Damit war der Keim zu ihrem Untergang gelegt, das Weltgeiz abermals befristet. Nie wieder hat sich diese Schwergewichtsverschiebung einholen lassen.

Neue Wege waren von der Wirtschaft gefunden, neue Wirtschaftsterritorien ihre Träger geworden. Neue Weltwirtschaftskonturen waren entstanden, strömten eine neue Atmosphäre aus, und leitete die Stufe zu einer neuen Entwicklung der Menschheit ein. Und dieses Neue, Größere war es, das der mittelalterlichen Stadtwirtschaft auch von außen her den Lebensstich verlegte. Abwärts traten die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der menschlichen Bedürfnisse in den Kreis des Bestehenden, wurden die Voraussetzungen für die Erfüllung größerer Zwecke gelegt, die fortzuehend weiterwirkten und die Menschheit ferneren Jelen zutrieb, sie mit neuen Schöpfungsgeboten besetzte. Eine größere, freiere Welt tat sich auf, streifte ab die lästige Bindung an die Ketten des fest Veralteten, und es kämpfte eine neue Idee mit den Formen der beengten, hinter festen Mauern und schweren Türen abgesperrten Stadtwirtschaft, überwand die sich der Wirtschaft bemächtigen Schwerfälligkeit und die sich hinter der Zunftbeschränkung verbergende Wirtschaftsverelendung. So entstand auf neue, frische Triebe ansetzend, der geläuterte und befreite Wirtschaftsimpuls in einer weiteren, breiter fundierten Wirtschaftsverfassung — der einsetzenden Volkswirtschaft. Das ist die wirtschaftliche Großtat, die den Uebergang des Mittelalters zur Neuzeit zu dem gemacht hat, was sie trotz schwersten Trägungen und der unbeschreiblichen Verknüpfung des Wirtschaftszweckmäßigen in den zu ungewohnten Reichtum mühselig gelangten Weltländern Portugal und vor allem Spanien — in der Zukunft geworden ist — zu einem Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung der Menschheit.

Eine Wirtschaftsmoral, die mit Lohnabbau die Krise überwinden will, ...

Wir wollen auch in der Lohn- und Preispolitik den gesunden wirtschaftlichen ...

Verbandsvorsitzender Kollege Wieber sprach über die Wirtschaftslage und ...

Der zweite Konferenztag befaßte sich mit den organisatorischen Fragen. ...

Bezirkskonferenz des südwestdeutschen Verbandsbezirktes

Der Bezirk Südwestdeutschland (Stuttgart) hielt am 2. Mai in ...

Ein Vortrag über Jugend- und Arbeiterinnenbewegung im Verbands ...

Der wärmstens gefassten Schlussvortrag hielt in Tuttlingen unser erster ...

Deutschlands fanden die beiden Bezirkstagungen ihren gelungenen Abschluß. ...

Entschliessung:

Die am 9. Mai 1926 in Mannheim tagende Bezirkskonferenz des ...

Literatur

Soeben erschien als Schlussband: Rechnen für Metallarbeiter ...

Bekanntmachung

Samstag, den 27. Juni, ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Zur Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitszeit

Die Gewerkschaften haben eine Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge ...

Wenig erfreulich, aber doch interessant und lehrreich für die ...

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß zur Entlastung der ...

Bedürftigkeitsprüfung

Bei nur vermiesenen auf die Zeit des Ruhrkampfes 1923, wo es ...

Die gleiche Geschlossenheit ist notwendig bei der Frage der Neuregelung der Arbeitszeit.

Nach den großen Auseinandersetzungen der Jahre 1923 und 1924 ...

Washingtoner Abkommens

bedeute für die gesamte Sozialpolitik einen gewaltigen Fortschritt ...

Die gesetzliche Regelung auf der Grundlage des Achtstundentages ...

Diese Forderung ist um so berechtigter, wenn man an das einseitige ...

Das Buch füllt eine längst gefühlte Lücke in der Kalkulationsliteratur ...

Alle Faktoren, die bei der Kalkulation zusammenwirken müssen, sind ...

Gute Anleitung für die Praxis gegen die im Verlag von Charles Coleman ...

Das Buch füllt eine längst gefühlte Lücke in der Kalkulationsliteratur ...

brutal ausnützte. Die damalige Einstellung der Unternehmer wie ...

Auch die später von der Regierung erlassene und heute noch bestehende ...

Deshalb verlangt die Arbeiterschaft Ratifizierung d. Washingtoner ...

Der jetzt schon einsetzende Kampf von Unternehmenseite gegen die ...

Zu dem trefflichen Artikel des Hases müssen wir bezüglich der ...

Die geplante Zwischenlösung in der Erwerbslosenfürsorge, durch die ...

Es ist bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien nicht den Mut ...

Wir werden auch weiterhin für die Verbesserung der Lage der ...